

Sächsische Volkszeitung

10. Voifsszeit

Besitzpreis: Monatlich bei Haag Abrechnung 8.-5.50 M., Ausgabe A mit illustriertem Verlag 8.-8. — A. geringfügig
11.-A. abg. 11.-25. S. Verteilungszeitung 15.-25. ab beginn. 16.-75. S. ausgestrahlt. Postkartenpreis. Eingangsnummer 40. J.
Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Sonntagen und am Dienstag der Redaktion 8 bis 6 Uhr nachmittag.
Nicht unmittelbar zuverlässige und mit Schriftart nicht berechtigte Ausgaben an die Redaktion werden nicht aufbereitet.

Anzeigen: Annahme von Geschäftsanzeigen seit 10 Uhr von Familienanzeigen bis 11 Uhr vom. — Anzeigenpreis
für die Zeitung 2.50. Familienanzeigen 2.25. für Berlin 2.— im Beleger 6.— M. — Für unbedeutende
Anzeigen durch Fernsprecher angegebene Anzeigen können nur die Herausgeberin für die Richtigkeit nicht übernehmen.

Unklagerede gegen Deutschland

Paris, 8. Dez. In der französischen Kammer, in der das Kriegsbudget durchgesetzt wurde, ergriff André Lefèvre das Wort zu einer heftigen Anklagerede gegen Deutschland. Zentrale des Rheins sei die Mobilisierung von 7 Millionen Mann vorbereitet. Die Röhr habe sich ürtigen Fehler verübt. Lefèvre verlief die Listen sämtlicher sogenannten Sicherheitsorganisationen und beschwerte sich darüber, daß der Friedensvertrag die Kasernengebäude in Deutschland habe bestehen lassen. Die Reichswehr sei im Falle der Mobilisierung nicht dazu bestimmt, sofort angreifen; sie werde sich verteilen, um die nötigen Räder für alle die freigewordenen Räder zu liefern, die in Deutschland vorhanden seien, wie sie zu jenen des Dreißigjährigen Krieges vorhanden hätten. Die Aufmarschlinie sei hinter dem Schwarzwald, und von Stuttgart nach der Schweiz sei die Linie verdoppelt worden. Deutschland führe bedeutende Arbeiten aus.

Man bereite eine Mobilisierung und Konzentration vor. Die vielen Menschen hätten auch Waffen, die man allmählich entdeckt. Die Kommission Vollet entdeckt von Zeit zu Zeit Waffen- und Munitionslager.

Lefèvre erzählte die Geschichte von dem Jagdkarabiner, der in 30 Minuten in ein Infanteriegewehr umgewandelt werden könne. Er erklärte die Anlageartikel der "Times" sowie ferner die Kanonenrohrkunde in Sachsen. Die großen Kanonen Modell 77 habe man nicht entdeckt. Das deutsche Heer habe sogar ein Reglement veröffentlicht, dem ein Vorwort des Generals v. Seestatt beigegeben sei. Darin werde gesagt, daß das Heer die Mittel besitzen müsse, die die deutsche Armee vor dem Waffenstillstand befreien habe, damit sie zur Lösung schreiten könne. General v. Seestatt schreibe also offiziell, daß das deutsche Heer sich für eine Offensive mit allen modernen Mitteln vorbereite.

Infolge eines Zwischenrufes des Abgeordneten Plum entsteht ein Dreigeschrei zwischen verschiedenen Abgeordneten. Dabei stellt der Abgeordnete richtig, daß das Dokument Seestatt vorstelle, daß die Funktion des deutschen Heeres so erlösen müsse, daß es jenes Heer die Mittel eines großen Heeres besiege. Es sage aber nicht, daß es sie besiege.

Lefèvre fragt, ob man denn einer Gendarmerie, wenn sie nicht dazu bestimmt sei, einen Bestandteil eines zahlerischen

und wohlausgebildeten Heeres zu bilden, ein destruktives Reglement gebe. Seestatt und Lefèvre hätten zur Grundlage die Eigenschaften eines großen Heeres genommen. Der Abg. Plum widerspricht nochmals.

Hierauf ergreift Kriegsminister Ballion das Wort. Er äußert nicht, welche unter Vorbehalt des Völkerungs, die man davon ziehen werde, zu erklären, daß es keine Tatsache, kein Dokument gebe, das Lefèvre vorbereite, das nicht von Kreuzer-Richtigkeit wäre. Er sage in Abwesenheit des Ministerpräsidenten, der mit den Kontrollen der Ausführung des Friedensvertrages beauftragt sei, hinzu, daß er in Washington keine andere Sprache als die Rechte geführt habe. Die meisten Dokumente und Dokumente, momentan das Werk des Generals v. Seestatt, sei vom Ministerpräsidenten angeführt worden. Er sei sicher, daß Lefèvre mit ihm die Aufmerksamkeit und den Mut des Generals Rollot Anerkennung zolle. Dem Abg. Plum mache er verlaut, daß er den Ernst der Dokumente nicht abschwärzen könne. Der Ernst liege nicht nur in der Fassung der Dokumente, sondern in der Entdeckung von Maschinengewehren und 500 Kanonen, die der Antarktischen Kommission verborgen worden seien.

In der Fortsetzung der Debatte zieht Lefèvre: Die modernen Mittel, von denen Seestatt geschrieben habe, seien tatsächlich vorhanden. Einzelne Panzerzüge seien in Oberschlesien an der Arbeit geblieben worden. Seit 1918 habe Deutschland zwei neue Waffengewehre konstruiert. Ein Volk habe nicht das Recht, seine Sicherheit auf Hypotheken aufzubauen. Die genannten 500 Kanonen seien verdeckt gehalten worden, um sie für die Revanche aufzubereiten. Frankreich befindet sich einer Ration von 80 Millionen, ja sogar von 70 Millionen Menschen gegenüber, wenn die Deutschösterreicher mitgezählt werden. Deutschland sei die einzige Nation Europas, die bezahlen könnte, aber sie beschaffe sich Waffen, um möglich zu bezahlen. Wer von der moralischen Entwicklung Deutschlands spreche, dürfe nicht vergessen, daß die Arbeiter von Heiden an Kanonen laborieren und verbergen halten, um sich deren gegen Frankreich zu bedienen. Aus diesem Grunde werde er zu den elenden Kästen des Heeresbudgets seine Anteile stellen.

Roucheur in London

London, 8. Dezember. Roucheur ist heute in London eingetroffen, um das Reparationsproblem mit Mitgliedern der britischen Regierung zu erörtern. Unmittelbar nach seiner Ankunft begab er sich nach dem Schhamt, wo er eine zwischländige Beratung mit dem Schatzkanzler Robert Horne, von Bradbury und Blaikie hatte. Roucheur legte seine Ansicht über die Frage der deutschen Zahlungen in Waren, die das Westdeutsche Abkommen vorstellt, aneinander und gab Gründe dafür an, weshalb Frankreich diesen Weg eingeschlagen habe. Heute nachmittag begaben sich Roucheur und Chayson, der mit Pauls gekommen ist, zusammen mit Horne und Blaikie nach Chequers zu Lloyd George, wo sie die Nacht verbringen werden und von wo aus sie morgen nach ihren Beratungen mit Lloyd George wieder nach London zurückkehren werden.

Beprechungen über die Reparationsfrage

Berlin, 8. Dez. Heute vormittag fand zwischen dem Reichskanzler, dem Reichsfinanzminister, dem Reichswirtschaftsminister Schmidt, dem Reichsbauaufsichtsbeamten Hausemann und dem deutschen Postbeamten in Paris, Dr. Mayer, eine Besprechung über die Reparationsfrage statt.

Anleihe und kurzes Moratorium

Paris, 8. Dez. „Journal des Débats“ schreibt, die Besprechungen diensten dazu, einen Kurs aus beiden entgegengesetzten Standpunkten zu bewirken, der dann auch nicht unabweislich sei. Zu der Tat wäre es möglich, daß es den finanziellen Frankreichs und Englands durch eine Verbindung des Anleihesystems mit einem kurzen Moratorium gelingen werde, die Zahlungsfähigkeit Deutschlands zu erhöhen und dabei gleichzeitig die Interessen Frankreichs ebenso gut zu wahren, wie dies durch das Zahlungstant entstehen wäre.

Bewilligung des Moratoriums?

Berlin, 9. Dezember. Aus London wird gemeldet, Minister Dr. Hahn an wird nach Deutschland die Versicherung mitnehmen, daß das Moratorium seitens der Entente bewilligt werden wird.

Keine Einladung Deutschlands nach Washington

Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitung.“

Washington, 9. Dezember. Die britischen Korrespondenten melden ihren Blättern, Harding habe erklärt, daß die Einladung Deutschlands nach Washington unmöglich sei. Harding habe erklärt, die Einladung Deutschlands nach Washington sei im gegebenen Zeitpunkt nicht notwendig. Daraus könne man schließen, daß Deutschland in irgend einer Weise später zur Abgabe eines Rücktritts aufgefordert werde, aber sein Erscheinen in Washington zu der vermeintlichen Einladungskonferenz geplant ist.

Die Verhandlungen über die Seestreitkräfte

Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitung.“

Washington, 9. Dezember. Die auf der Abstimmungskonferenz bevorzugten unverbindlichen Vorschläge, die eine Vereinbarung der beteiligten Staaten mit den anderen Staaten an die Stelle des englisch-japanischen Bündnisses setzen sollen, sind der Sonderregierung telegraphisch übermittelt worden. Bei diesen Staaten handelt es sich nicht um ein Bündnis im eigentlichen Sinne. In Aussicht genommen ist vielmehr der Abschluß eines Neubündnisses zwischen allen im Stillen Ozean interessierten Staaten. Diese sollen sich über alle die Südseeländer hinstreckenden

Fragen zu einer Konferenz zusammenfinden, bevor eine in erster Linie interne Macht von sich auf eine Entscheidung über Krieg und Frieden trifft.

Fremdes Kapital in Oberschlesien

Breslau, 8. Dezember. Die Aktien der Deutschen Fleischwerke AG sind vom englischen Kapital angeschaut worden. — In der Nettowiger Bergbaus-Akt. haben sich Italiener sehr stark gemacht. Auch die Italioten dehnen ihren Einfluss auf den oberschlesischen Bergbau weiter aus.

Korderung der Freilassung Smets

Paris, 8. Dezember. Kavaz meldet: Die Interalliierten Rheinlandkommission habe einstimmig beschlossen, daß die deutschen Behörden den Securitate-deutschler Smets bis zur endgültigen Entscheidung freilassen müssen.

Der Friede mit Irland

London, 8. Dezember. Der Premierminister von Ulster Sir James Craig teilte mit, seiner Ansicht nach seye jetzt der kritische Zeitpunkt in Irland.

London, 8. Dezember. Daily Express zufolge beträgt die Zahl der irischen Arbeitslosen, die innerhalb freiwillig freigesetzt werden sollen, über 1000. Eine allgemeine Amnestie werde folgen.

Zusammenfassung der Wirtschaftsminister

Barlsruhe, 8. Dez. Die britische Regierung steht erstaunt mit dem Wirtschaftsminister Schmidt am 12. und 13. Dezember mit den japanischen Ministern der Länder und ihren Referenten in Tatsugaki eine Aussicht über die gegenwärtige Wirtschaftssituation.

Bayern gegen die Reichsausücht

München, 8. Dezember. Die „Münchner Augsburger Abendzeitung“ meldet, daß die bayrische Oberländer in Berlin Zustimmung erhalten habe, dem Reichsfinanzminister zu erläutern. Bayern werde sich dem Vertrag einer Reichsausücht über den Strafostung des Landes niemals gefallen lassen. Der Zwischenfall Niedersachsenfeld werde mit dem Völzog dieses Auftrages ein für allemal erledigt sein.

Vor einem neuen Eisenbahnerausstand in Berlin

Berlin, 8. Dezember. In der Konflikte zwischen der Direktion und den Angestellten der Berliner Hochbahngesellschaft finden weitere Verhandlungen nicht statt. Angestellte der Direktion sind nicht zu erwarten. Es muß daher mit einer Stilllegung der Berliner Hoch- und Untergrundbahnen auf morgen gerechnet werden.

161 540 000 000 Mark Steckdefizit

Berlin, 8. Dez. Der Reichsfinanzminister hat dem Reichstag eine am 21. November erzielte Übersicht über den Reichshaushalt im Rechnungsjahr 1921 überreicht. Der Gesamtabfloss 1921 ergibt einen ungeodeten Betrag von 161 540 000 000 M. Davon entfallen 105 1 Milliarden auf den Abfluss des sozialen Haushalts, einschließlich des Abflusses des Haushaltshandels, 11 1 Milliarden auf die Abflüsse in den sozialen Staats der Reichspost und der Reichseisenbahnen, 29 2 Milliarden auf die ungedeckten Auflebensvermögen dieser beiden Betriebsverwaltungen und 25 5 Milliarden auf ungedeckte Auflebensvermögen der Allgemeinen Reichsverwaltung.

Sächsische Volkszeitung

nach

Dresden-N. 6

König-Albert-Straße 25/27

Washington

Von Nationalrat Dr. Heinrich Maria in Wien.

Die Konferenz von Washington dürfte so gleichermaßen das vielfältige Gevierte in der neuzeitlichen Weltentwicklung darstellen. Eine Kette von unvergleichlichen, bahnbrechenden und im vorhergehenden aufgeschlossenen Fragen gravierte sich beim Zusammenklang der Delegierten und es bleibt fraglich, wer von Anfang an wußte, was entschieden und was unentschieden war. Die maritime Abstimmungsfrage, mit der die Propaganda für die Konferenz begann, steht nicht ganz im Vordergrund des Interesses. Es ist heute vollkommen klar, daß England keinen Krieg gegen die Vereinigten Staaten führen kann. Die Handelskonflikte zwischen diesen beiden Staaten wird durch das Vorherrschen der Einigungsgleichheit und Japan gegenüber außerordentlich durch das Resultat der Kolonialgesellschaft weit überwogen; ein Beispiel dafür, daß die wirtschaftlichen Interessen nicht immer das Ausdruckgebende für die Konstellation der heutigen Staaten sind, wie sie auch nicht die entscheidenden Ursachen des Weltkrieges waren.

England steht heute vor einem Berg von Problemen. Da der englischen öffentlichen Meinung überwiegend die reiche Krise eine verschuldet ist, kann das Dominion so viel Selbständigkeit einstreiten, Gutsbesitz auf die Gewerkenagenten anderweitig zusätzliche, doch das Gesetz keine Anziehungskraft für die einzelnen nicht verfügt, das Scientific der Führung aber doch in den Händen Englands bleibt. England hat diese Aufgabe einer vorläufigen Lösung zugezogen. Es tat das, wie jeder, dem es ohne Vorwissen in der Form nur auf die Sache kommt, — eine seltsame Eigenschaft? Ein Krieg gegen die Vereinigten Staaten kann England deswegen nicht führen, weil Canada sich sofort von England loslösen würde, und bei einem Krieg auf der Seite Japans würde es in Australien alles aufs Spiel setzen. Da nun die deutsche Flotte vereistet, die französische Flotte infolge der ungeheuren Anspannung Frankreichs zu Lande während des Weltkrieges erheblich zurückgeblieben ist, haben die beiden Hauptstaaten zur See, England und die Vereinigten Staaten, die voneinander nichts zu fürchten haben, allen Gewinn, sich von dem finanziellen Druck ihrer Seerüstungen zu entlasten, wenn sie sich in Washington die Gewässer verschaffen, das ihnen die anderen nicht über den Kopf wachsen. Und wahrscheinlich wird man ja auch mit Japan über diesen Punkt zu einer Einigung gelangen, wofür wenigstens eine formale Einigung über die Frage des Jenseits hergestellt wird.

Belichtet man die Karre Osiatis, so sieht man, daß Japan dem asiatischen Kontinent einen Wall gegen den stillen Ozean vorgelagert hat. Von der Nordweste Sibiriens ziehen sich über Japan die Amakusa-Inseln, Formosa und die Ryukyu-Inseln nahe bis Kantou eine ununterbrochene Kette von Festungen, die Sibirien und China geradezu abschneidet. Hinter dieser Sperrstelle hölt Japan das Gelbe Meer und seine Küsten vollständig eingeschlossen und die faktische Herrschaft über es über Manchuria und weit mongolische Gebiete. Das innerlich zerstörte China, in dem nicht nur Nord und Süd gegeneinander stehen, sondern das überhaupt durch die verschiedensten Parteien zerstört ist, wehrt sich dennoch tapferhaft gegen die Eindringlinge in seine Herrschaft. Aber es bleibt nicht ohne China möglichen auch die europäische und amerikanische Revormung loswerden und sich keine neue aufzustützen lassen.

Zu den Kriegsdauern des Jahres 1917 haben die Vereinigten Staaten in dem zwischen Vancou und Victoria abgeschloßene Vereinigungskonvention ein besonderes Interesse Japans in China, besonders in den an die japanischen Besitzungen angrenzenden Teilen anerkannt. Dieses Vereinigungskonvention in Verbindung mit der faktischen Stellung der Japaner in China steht heute den Vereinigten Staaten im Wege, die heute sehr erüchtig darauf sind, in China Fuß zu fassen, und sie müssen trachten, es zu abholieren. Insofern sind ihnen die Besitzungen Chinas, das allerdings schon im Jahre 1917 protestiert hat, erwünscht, jedoch soll das Resultat keineswegs die Unabhängigkeit Chinas sein. Tages gegen wird der Angriff einer amerikanischen Autokratie im Lande eingeworfen. So spielt man China gegen Japan aus, aber nicht zu kräftig, und China sowie Japan sind, jedes von seinen Standpunkten aus, bewußt, sich in ihrer besten Lage durchzuwinden, was natürlich in beiden Regierungen in den nationalistischen Kreisen ihrer Länder eine Opposition eintritt, die bei allen Parteien und zu allen Zeiten als Vorwurf des Vertrates zwischenländischer Interessen getreten ist. Deshalb wurde der japanische Ministerpräsident Hara ermordet, als er sich nach Washington begeben wollte, und deshalb demonstrierten die chinesischen Studenten vor dem chinesischen Gesandtschaftsgebäude in Washington. England aber diente in dieser Frage sehr besondres Interesse, nicht nur Japan einzulösen, denn es scheint bei dem japanischen Übergewicht nicht eben seine Rechnung gefunden zu haben.

Das alles bedeutet noch keine Gefahr für den Weltfrieden, wosfern nur keine Einflusspolitik Japan gegenüber eingeschlagen wird. Der starke Überfluß Japans braucht einen Abfluß. Der faktische Osten ist ihm praktisch versperrt und tatsächlich leben dort nicht einmal hundertausend Japaner. Das ist natürlich für ein Reich von fast 80 Millionen Einwohnern keine Verhältnis. Diese Sache bleibt aber auch verschlossen, denn der Staat Kalifornien deutet gar nicht daran, seine Einwanderung und Wanderbewegungen zu mildern. Selbst wenn man dies in Washington noch so leicht wünschen würde, und man muß dort froh sein, durch das „gentlemen's agreement“ vom Jahre 1907 wenigstens formal über die Abwanderleisten hinwegkommen zu sein. Merkwürdig, in dem etwa eine Million Japaner wohnen würden, in Südtirol nur beschaut aufnahmefähig, und außerdem könnte gerade dieses Wanderviel mit der Zeit zum schwersten Konjunkturstoff werden. Einwanderer muss man also Japans Stellung in China so weit schonen, daß die strategischen Interessen Japans dort ihre Bedeutung finden, oder aber man muß Japan einen anderen Ausweg lassen. Es liegt darüber im Bereich des Möglichen, daß die Konferenz von Washington eine solche Reaktion findet, die schließlich Japan noch stärker nach Sibirien hinausdrückt und ihn noch hand läßt. Auch hier hat sich Japan faktisch festgesetzt, nur ist die Entwicklung der Dinge da am eindrücklichsten zu verfolgen, weil die bodenständige asiatische Bevöl-